

Rechtsdefinition und Rechtsempfinden in der Demokratie – eine geschichtliche Betrachtung

Essay von Peter Hiemann, Grasse, im Dezember 2018

Nach dem zweiten Weltkrieg entstanden zwei deutsche Staatswesen. Die Bevölkerungen beider Staatswesen hatten identische Kulturgeschichten. Nach dem zweiten Weltkrieg erfolgten ihre gesellschaftlichen Entwicklungen unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Der Westen entwickelte sich unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. Der US-Präsident Harry S. Truman verfügte, das *European Recovery Program*, den sogenannten Marshallplan, in Kraft zu setzen. Der Marshallplan war ein umfangreiches Konjunkturprogramm der Vereinigten Staaten von Amerika (nach heutigem Wert rund 131 Milliarden Dollar). Der Osten entwickelte sich unter den Bedingungen der sowjetischen Planwirtschaft. Josef Stalin, Generalsekretär des Zentralkomitees der der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) verfügte, als Erstes deutsche Fabriken und Infrastruktur abzubauen und in die UdSSR zu transportieren und später unter den Bedingungen der sowjetischen Planwirtschaft zu arbeiten.

Im Jahre 1949 wurden die Staatswesen Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Deutsche Demokratische Republik (DDR) gegründet. Das demokratisch orientierte Regime der BRD wünschte deren Bevölkerung „blüh` im Glanze dieses Glückes“, das diktatorisch orientierte Regime der DDR versicherte deren Bevölkerung, „daß die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint“. Mit diesen empfindsamen Worten in den Nationalhymnen, sollten zustimmende Emotionen geweckt werden. Das Regime, das versprach dem Guten zu dienen, war 1989 am Ende. Es war ökonomisch am Ende, es verlor die Unterstützung der UdSSR, und die Bevölkerung der DDR ging auf die die Straße, um das Recht auf Freiheit mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ einzufordern.

Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland!
Danach laßt uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand!

Hoffmann von Fallersleben
(1798-1874)

Auferstanden aus Ruinen
Und der Zukunft zugewandt,
Laß uns dir zum Guten dienen,
Deutschland, einig Vaterland.

Johannes Robert Becher
(1891-1958)

Zwei deutsche Nationalhymnen

Es darf als sicher angenommen werden, dass die Regime des vergangenen Ostblocks gewisse individuelle Vorstellungen ihrer Bevölkerungen nachhaltig beeinflusst haben. In aktuellen Geschichten kommt das zum Ausdruck, wenn Journalisten von unterschiedlichen Rechtsempfinden im Westen und Osten Deutschlands berichten. Mitunter wird heute von 'Fremdheit' zwischen Ost- und Westdeutschen gesprochen, obwohl doch Ost- und Westdeutsche nur für kurze Zeit in unterschiedlichen Staatswesen getrennt gelebt haben.

Für den amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama war der wichtigste Grund für das Scheitern des sogenannten Ostblocks, dass dessen politische Regime es nicht verstanden, Bevölkerungen ein Gefühl von Anerkennung und Selbstwertgefühl entstehen zu lassen. Unter Bezugnahme auf eine moderne Variante der Hegelschen Dialektik versuchte Fukuyama zu erklären, dass das Ende des Zweiten Weltkrieges und der Fall der Berliner Mauer 1989 zu einer Schlussphase der politischen Systementwicklung geführt haben.

Bei Hegel ist Dialektik die Methode (These – Antithese – Synthese), um zu Erkenntnis zu gelangen, insbesondere auch über die innere Gesetzmäßigkeit der Selbstbewegung des Denkens und der Selbstbewegung der Wirklichkeit. Auch Marx und einige heutige Geisteswissenschaftler halten die Methode für gesellschaftliche Analysen für angebracht. Fukuyama nahm deshalb an, dass sich demokratisch orientierte Rechtsauffassungen gegenüber autokratisch orientierten Rechtsauffassungen ein für allemal (als Synthese) durchgesetzt haben. Fukuyama bedachte nicht, dass Bevölkerungen sowohl in autokratisch orientierten als auch in demokratisch orientierten Staaten nicht nur existierende und geplante gesellschaftliche Regelungen rational wahrnehmen. Bevölkerungen bewerten generell mehr oder weniger unbewusst emotional (gefühlsmäßig), ob vorgegebene gesellschaftliche Regelungen ihren individuellen Rechtsempfindungen entsprechen. Harmonie zwischen individuellen Ansichten über Recht und Rechtsempfinden und offiziellen Rechtsauffassungen und Gesetzen lässt sich nicht erzwingen.

Tatsächlich lehrt uns die Geschichte, dass gesellschaftliche Zustände vermittels Gesetzen nicht dauerhaft kontrolliert und geregelt werden können. Wir können oft Zustände gesellschaftlicher Systeme analysieren und überrascht feststellen, dass unser aktuelles Rechtsempfinden mehr oder weniger stark auch von historischen Prinzipien, Recht zu definieren, beeinflusst ist. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass "das Volk" bei Einschätzungen aktueller Gesellschaftszustände sich nur an geltendem Recht orientiert. "Das Volk" urteilt oft mehr oder weniger unbewusst nach Prinzipien, die sie von Vorfahren übernommen haben. Versuchen wir als Nächstes, über einige historisch entstandene Prinzipien, Recht zu definieren, einen kurzen Überblick zu gewinnen.

Prinzip des Stärkeren

Ein natürliches menschliches Rechtsempfinden ist, mehr als wir denken, in der Struktur des menschlichen Gehirns angelegt. Homo sapiens hatte eine lange evolutionäre Geschichte hinter sich, um zu 'wissen', wie er auf sich selbst gestellt (auf autonome Weise) mit der Natur und Konkurrenten zurechtkommt. Erstens musste er das Leben nehmen, wie es kam. Zweitens kam es darauf an, zu überleben. Drittens tat er, was ihm gefiel. Und so gilt mehr oder weniger auch für den 'zivilisierten' Homo sapiens: „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“ (Berthold Brecht). Vermutlich ist ein viertes Bestreben in der menschlichen Natur angelegt: Stärker und schlauer als Andere zu sein, auch um Geschlechtspartner zu beeindrucken. Um die männliche Gestalt des Heros hat Homo sapiens viele Geschichten gesponnen.

Zum Beispiel ist Herakles ein für seine Stärke berühmter griechischer Heros, dem göttliche Ehren zukamen und der in den Olymp aufgenommen wurde. Herakles musste gegen zahlreiche Kontrahenten bestehen, die sich ihm bei seinen Reisen in den Weg stellten. Herakles galt in der Antike Griechenlands (unter dem Namen Idaeos) als Begründer der Olympischen Spiele. Heros fragen nicht nach Gesetzen, sie verlassen sich auf ihre Stärke.

Als Homo sapiens sesshaft wurde, musste er seine Verhaltensweise überdenken, um sich in einer menschlichen Gesellschaft zu positionieren. Die geistig Stärkeren versuchten die Rechtsauffassungen der Gesellschaften zu bestimmen und Respekt bei Bevölkerungen einzufordern. Das Prinzip des Stärkeren spielt heute eine Rolle bei Personen, die sozialdarwinistische Vorstellungen vertreten, insbesondere bei Einschätzungen kommerzieller Situationen.

Prinzip Vergeltung

Im Codex der babylonischen Gesetzessammlung Hammurapi (ca. 2000 v. Chr.) ist das Prinzip Vergeltung ein Element einer archaischen Rechtsordnung: „Bruch um Bruch, Auge um Auge, Zahn um Zahn.“ Es weist das Opfer oder seine Vertreter an, dem Täter „Gleiches mit Gleichem“ zu vergelten beziehungsweise dessen Vergehen zu sühnen. „Wenn ein Bürger ein Auge eines (anderen) Bürgers zerstört, soll man ihm ein Auge zerstören.“ Bald gab es auch Regeln, die das Prinzip des Vergeltens auf spezielle Situationen anwandten: „Gesetzt, ein Richter hat ein Urteil gefällt, eine Entscheidung getroffen, eine Urkunde ausstellen lassen, nachher hat er aber sein Urteil abgeändert, diesen Richter wird man überführen, dass er das Urteil, das er abgegeben hat, verändert hat, dann wird er den Anspruch, der bei jenem Prozesse in Frage kommt, zwölffach geben; und in der Gerichtsversammlung. wird man ihn von seinem Richterstuhl aufstehen lassen, und er wird nicht wieder mit den Richtern bei einem Prozess sitzen.“

„Gesetzt, ein Mann hat Eigentum des Gottes oder des Palastes gestohlen, so wird dieser Mann getötet; und wer das Gestohlene aus seiner Hand in Empfang genommen hat, wird getötet.“ Das Prinzip Vergeltung spielt heute eine Rolle bei der Einschätzung von Muslimen, die den Traditionen des Islam verpflichtet sind. Das Prinzip Vergeltung spielt gelegentlich, mehr oder weniger bewusst, auch dann noch bei Personen eine Rolle, wenn Richter Urteile fällen, die dem persönlichen Rechtsempfinden nicht gerecht werden.

Prinzip gottgefälliger Regeln

Im Alten Testament der Bibel verweisen Texte auf Regeln, die streng gottgläubige Juden als bindend für ihr Verhalten ansehen. Grundlage des Judentums ist die Tora (auf deutsch „Gesetz“), die fünf Bücher Moses und die die Tora erläuternden rabbinischen Schriften. „Gott ist im Judentum Inbegriff ethischen Wollens.“ Es galt, Gleichheit vor dem Gesetz für Männer und Frauen, Arme und Reiche herzustellen. Nach historisch-kritischer Auffassung verlangt im Judentum der Rechtsgrundsatz 'Auge für Auge' bei allen Körperverletzungsdelikten einen angemessenen Schadensersatz vom Täter: „ ... so sollst du geben Leben für Leben, Auge für Auge, Zahn für Zahn, Hand für Hand, Fuß für Fuß, Brandmal für Brandmal, Wunde für Wunde, Strieme für Strieme.“ Die im Alten Orient verbreitete Blutrache galt als illegal.

Ein wirkungsgeschichtlich bedeutendes Motiv aus dem Alten Testament lautet: „Seid fruchtbar und mehrt euch, füllt die Erde und unterwerft sie und waltet über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels und über alle Tiere, die auf der Erde kriechen!“.

Das Prinzip metaphysischer Regeln spielt heute eine Rolle bei der Einschätzung von Personen, die sich auf sektiererische Regeln berufen. Sie behaupten, dass ihr Glaube zu harmonischen gesellschaftlichen Verhaltensweisen beiträgt, ohne sich an der konkreten Gestaltung einer Gesellschaft zu beteiligen. Das ist auch ein Grund für häufige ablehnende Einschätzungen fremder Verhaltensweisen (vermutlich auch in Fällen der Abweisung fremder Vorstellungen, ob ethnischer, islamischer oder semitischer Natur).

Prinzip Unterwerfung

In allen Gesellschaften ist es normal, dass sich Menschen in hierarchischen gesellschaftlichen Strukturen einordnen. In allen Gesellschaften ist aber auch zu beobachten, dass sich Menschen aus unterschiedlichsten Gründen bewusst oder unbewusst einer Ideologie, einer Institution oder einer Person unterwerfen.

Opportunistischen Verhalten ist schwer einzuschätzen. Im 30-jährigen Krieg, war es überlebenswichtig, beim häufigen Wechsel katholisch <-> protestantisch immer das richtige Gesangbuch zu benutzen („Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“). In den meisten autokratischen Systemen grenzt Opportunismus an Unterwerfung unter ein Regime, zu dem man sich bekennt und dazugehören möchte. Tatsächliche Unterwerfung bedeutet, dass man keine Wahl hat, sich nach anderen als vorgegeben Regeln zu verhalten.

Als Beispiel einer Gesellschaft, in der das Prinzip Unterwerfung strikt praktiziert wird, gilt Saudi-Arabien mit der Staatsreligion des Wahabismus. Deren Repräsentanten vertreten eine puristisch-traditionalistischen Richtung des Islams. Allen Muslimen gilt der Koran als Regelwerk Allahs, des Allerbarmers, des Barmherzigen. Die folgenden Texte sprechen für sich: „Er ist es, Der euch die Erde untertan gemacht hat; wandert also auf ihren Wegen und genießt Seine Versorgung. Und zu Ihm führt die Auferstehung.“ „Und ob ihr euer Wort verbergt oder es offen verkündet, Er kennt die innersten Gedanken der Herzen.“ „Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Allah und nicht an den Jüngsten Tag glauben und nicht verbieten, was Allah und Sein Gesandter verboten haben, und nicht die Religion der Wahrheit befolgen – von denjenigen, denen die Schrift gegeben wurde –, bis sie den Tribut aus der Hand entrichten und gefügig sind!“ „Und für jene, die nicht an ihren Herrn glauben, ist die Strafe der Dschahannam, und eine üble Bestimmung ist das!“ „Und Wir haben den untersten Himmel wahrlich mit Leuchten geschmückt, und Wir haben sie zu einem Mittel zur Vernichtung der Satane gemacht, und für sie haben Wir die Strafe des flammenden Feuers bereitet.“

Die Strafe der Dschahannam (Höllenqualen) trifft Ungläubige und halbherzige Muslime. „Die Männer stehen über den Frauen, weil Gott sie ausgezeichnet hat und wegen der Ausgaben, die sie von ihrem Vermögen gemacht haben. Und die rechtschaffenen Frauen sind (Gott) demütig ergeben und geben acht auf das, was verborgen ist, weil Gott acht gibt Und wenn ihr fürchtet, dass Frauen sich auflehnen dann vermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlägt sie“ „Ihr Gläubigen! Bei Totschlag ist euch die Wiedervergeltung vorgeschrieben: ein Freier für einen Freien, ein Sklave für einen Sklaven und ein weibliches Wesen für ein weibliches Wesen. Und wenn einem (der einen Totschlag begangen hat) von Seiten seines Bruders (dem die Ausübung der Wiedervergeltung obliegt) etwas nachgelassen wird, soll die Beitreibung (des Blutgeldes durch den Rächer) auf rechtliche und (umgekehrt) die Bezahlung an ihn auf ordentliche Weise vollzogen werden. Das ist (gegenüber der früheren Handhabung der Blutrache) eine Erleichterung und Barmherzigkeit von seiten eures Herrn. Wenn nun aber einer, nachdem diese Regelung getroffen ist, eine Übertretung begeht (indem er sich an die frühere Sitte der Blutfehde hält), hat er (im Jenseits) eine schmerzhaftige Strafe zu erwarten.“

Man beachte: Muslime sind den Regeln des Koran lebenslang unterworfen. Islamische Geistliche haben das Recht, eine Fatwa auszurufen, um Gegner des Islam zum Tod zu verurteilen. Der iranische Geistliche und Staatschef Chomeini verurteilte den Schriftsteller Salman Rushdie mittels einer Fatwa 1989 zum Tode. Chomeini rief die Muslime in aller Welt zur Vollstreckung auf. Begründet wurde diese Fatwa damit, Rushdies Buch „Die satanischen Verse“ sei „gegen den Islam, den Propheten und den Koran“ gerichtet. Da Muslime mehr oder weniger gezwungen sind, sich lebenslang den Regeln des Koran zu unterwerfen, werden sie in anderen Gesellschaften häufig als Außenseiter betrachtet.

Prinzip Nächstenliebe

Im neuen Testament der Bibel verweisen in der berühmten Bergpredigt Texte auf Jesu Botschaft von einer neuen Gerechtigkeit: „Als Jesus die vielen Menschen sah, stieg er auf

einen Berg. Er setzte sich, und seine Jünger traten zu ihm. Dann begann er zu reden und lehrte sie. Darum sage ich euch: Wenn eure Gerechtigkeit nicht weit größer ist als die der Schriftgelehrten und der Pharisäer, werdet ihr nicht in das Himmelreich kommen. Ihr habt gehört, dass gesagt worden ist: Auge für Auge und Zahn für Zahn. Ich aber sage euch: Leistet dem, der euch etwas Böses antut, keinen Widerstand, sondern wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann halt ihm auch die andere hin. Und wenn dich einer vor Gericht bringen will, um dir das Hemd wegzunehmen, dann lass ihm auch den Mantel. Und wenn dich einer zwingen will, eine Meile mit ihm zu gehen, dann geh zwei mit ihm. er dich bittet, dem gib, und wer von dir borgen will, den weise nicht ab. ...Ihr habt gehört, dass gesagt worden ist: Du sollst deinen Nächsten lieben und deinen Feind hassen. Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen, damit ihr Söhne eures Vaters im Himmel werdet; denn er lässt seine Sonne aufgehen über Bösen und Guten, und er lässt regnen über Gerechte und Ungerechte. Wenn ihr nämlich nur die liebt, die euch lieben, welchen Lohn könnt ihr dafür erwarten? Tun das nicht auch die Zöllner? Und wenn ihr nur eure Brüder grüßt, was tut ihr damit Besonderes? Tun das nicht auch die Heiden? Ihr sollt also vollkommen sein, wie es auch euer himmlischer Vater ist.“

Berühmt ist auch die Geschichte über Nächstenliebe: Ein Schriftgelehrter hatte einem Streit zwischen einem Pharisäer und Jesus zugehört; und da er bemerkt hatte, wie treffend Jesus ihnen antwortete, ging er zu ihm hin und fragte ihn: „Welches Gebot ist das erste von allen?“ Jesus antwortete: „Das erste ist: Höre, Israel, der Herr, unser Gott, ist der einzige Herr. Darum sollst du den Herrn, deinen Gott, lieben mit ganzem Herzen und ganzer Seele, mit deinem ganzen Denken und mit deiner ganzen Kraft. Als zweites kommt hinzu: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Kein anderes Gebot ist größer als diese beiden.“ Das Gebot der Feindesliebe und Nächstenliebe hat keinen Einfluss auf die Rechtsprechung bewirkt. Wohl aber spielt es eine Rolle für persönliches christlich orientiertes Rechtsempfinden.

Prinzip Diskriminierung

Diskriminierung ist ein effektives Mittel, um Fremdes zu diskreditieren und zu bekämpfen. Auch Christen, die der Nächstenliebe verpflichtet sind, haben in der Geschichte Diskriminierung als Mittel zum Zweck eingesetzt. Im Jahre 380 n.Chr. unterzeichnete der oströmische Kaiser Theodosius I. (347-395) in Thessaloniki in Gegenwart des weströmischen Kaisers Valentinian II. (371-392) und dessen mitregierenden Halbbruder Gratian (359-383) ein Dekret, mit dem das Christentum zur Staatsreligion erklärt wurde. In dem Dekret wurde die Sonderstellung des Christentums sanktioniert, aber gleichzeitig die Diskriminierung der Andersgläubigen: „Nur diejenigen, die diesem Gesetz folgen, sollen, (...) katholische Christen heißen dürfen. Die übrigen, die wir für wahrhaft toll und wahnsinnig erklären, haben die Schande ketzerischer Lehre zu tragen. Endlich soll sie vorab die göttliche Vergeltung, dann aber auch unsere Strafgerechtigkeit ereilen, die uns durch himmlisches Urteil übertragen worden ist.“

Auch heute ist Diskriminierung ein effektives Mittel zum Zweck. Sei es, dass Hindus Muslime bekämpfen, sei es, dass Taliban Ungläubige töten, sei es, dass Muslime Christen verfolgen, sei es, dass Fremde (häufig Flüchtlinge) diskriminierend behandelt werden, sei es, dass vermittelt durch diskriminierende Behauptungen Wählerverhalten beeinflusst wird. Wie dem auch sei, es haben zu jeder Zeit auch Bestrebungen existiert und existieren heute, gesellschaftliche Verhältnisse mit friedlichen Mitteln zu gestalten.

Prinzip Aufklärung

Das Hauptanliegen der französischen Aufklärer wie Diderot und Voltaire war, die aufstrebende Bürgerschaft des 18. Jahrhunderts Wissen zu vermitteln, um sich gegen die Herrschaft des Adels und des Klerus zur Wehr zu setzen und zu behaupten. Der Ruf der französischen Aufklärer nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit beeinflusste im 19. Jahrhundert und auch heute menschliches Rechtsempfinden.

Auch Emanuel Kant gilt als Vertreter der Aufklärung. Kant rief dazu auf, dass Menschen selbstständige Entscheidungen treffen: "Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung." Kant ist berühmt für seine verschiedenen Formulierungen des sogenannten 'kategorischen Imperativs':

1. Kants Naturgesetzformel: „... handle so, als ob die Maxime deiner Handlung durch deinen Willen zum allgemeinen Naturgesetze werden sollte.“
2. Kants Allgemeines-Gesetz-Formel: „... handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde.“
3. Kants Menschheitszweckformel: „Handle so, daß du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden andern jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“
4. Kants Reich-der-Zwecke-Formel: „Demnach muß ein jedes vernünftige Wesen so handeln, als ob es durch seine Maximen jederzeit ein gesetzgebendes Glied im allgemeinen Reiche der Zwecke wäre.“
5. „Ohne Freiheit wäre der kategorische Imperativ unmöglich, umgekehrt ist die Freiheit erst aus dem Sittengesetz erweislich, denn rein theoretisch läßt sie sich nicht sichern. Wenn der Mensch nach dem Sittengesetz handelt, so ist er von sinnlichen, auch triebhaften Einflüssen unabhängig und daher nicht fremdbestimmt (heteronom), sondern autonom.“

Kant rief zwar Menschen auf, individuell, selbstbestimmt zu handeln, andererseits glaubt er dass menschliche Eigenschaften existieren, die allen Individuen gemeinsam sind: "Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung frei gesprochen), dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen."..."Aber Liebe zu Gott als Neigung (pathologische Liebe) ist unmöglich; denn er ist kein Gegenstand der Sinne. Eben dieselbe gegen Menschen ist zwar möglich, kann aber nicht geboten werden; denn es steht in keines Menschen Vermögen, jemanden bloß auf Befehl zu lieben."..."Mit einem Worte, das moralische Gesetz verlangt Befolgung aus Pflicht, nicht aus Vorliebe, die man gar nicht voraussetzen kann und soll."..."Zur inneren Freiheit werden zwei Stücke gefordert: seiner selbst in einem gegebenen Fall Meister und über sich selbst Herr zu sein, d.i. seine Affekte zu zähmen und seine Leidenschaften zu beherrschen."

Kants Irrtum: Es gibt keine menschlichen Gehirne, die sich gleichen. Kants philosophische Methode ist ungeeignet über Prozesse in einer industrialisierten Gesellschaft aufzuklären. Im 21. Jahrhundert müssen gesellschaftliche Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen Individuen, die unterschiedlichsten Kulturkreisen entstammen, bedacht werden.

Prinzip Industrialisierung

Das 19. Jahrhundert und der Beginn des 20. Jahrhunderts war in Europa geprägt durch die Erschließung neuer Energien (Dampf und Elektrizität) vermittels Abbau von Kohle. Die gesellschaftlichen Verhältnisse änderten sich mit der Industrialisierung grundlegend. Einerseits investierten risikobereite Unternehmer viel Kapital, um Minen zu erschließen und Fabriken zu errichten. Andererseits schufteten Kumpel in Minen und Arbeiter in Fabriken unter unmenschlichen Bedingungen. Menschliche Arbeitskraft wurde als Ware so billig als möglich gehandelt. In Kohlegruben Deutschlands und Frankreich arbeiteten 'billige' Migrant*innen aus Polen. Der Bedarf an Kohle und Stahl war praktisch unbegrenzt, weil unter anderem Eisenbahnen zum wichtigen Verkehrsmittel avancierten und mögliche 'Kriege mit industriellen Mitteln' viel Stahl benötigten (Krupp).

Während sich industrielle Eliten lange sträubten, Frauen Selbstbestimmung und Wahlrecht einzuräumen, entschlossen sie sich nach den Zerstörungen industrieller Einrichtungen im zweiten Weltkrieg relativ schnell zu industriellen Strukturen, die zu Mitbestimmung und Frieden in Europa entscheidend beigetragen haben. Die 1952 gegründete Montan Union, eine europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl der Staaten Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande, war das Modell für kooperative wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa auf der Basis demokratischer Entscheidungen.

Im 20. Jahrhundert bewirke vor allem die industrielle Produktion auf lokaler Basis die Veränderungen der Gesellschaft. Am Ende des 20. Jahrhunderts änderte sich die industrielle Situation grundlegend. Computeranwendungen und computergestützte Netzwerke beschleunigten weltweite, globale industrielle Operationen. Das betraf nicht nur die industrielle Produktion, die in Länder mit billigen Arbeitskräften verzog. Das betraf auch die Industrialisierung von Bereichen, die lebensnotwendige Bedürfnisse befriedigen muss: zum Beispiel Infrastrukturen für Kommunikation und Handel, Landwirtschaft, Nahrungsversorgung und Medizinversorgung. Hoch technisierte Industrialisierung bewirkte weltweit Veränderungen gesellschaftlicher Situationen. Vorwiegend zum Vorteil hoch technisierte Staaten, häufig zum Nachteil unterentwickelter Staaten, offensichtlich zum Nachteil der Umwelt. Die globale Industrialisierung hat Dimensionen angenommen, dass die rapiden Veränderungen gesellschaftlichen Verhältnisse bei Bevölkerungen Zukunftsängste auslösen. Sie sind der Ansicht, dass Ihre Bedürfnisse nicht berücksichtigt werden, und dass die Operationen einiger dominierender Wirtschaftsunternehmen nicht nur gegen allgemeines Menschenrecht sondern auch gegen geltendes Recht verstoßen.

In hoch industrialisierten Gesellschaften spielt die Finanzindustrie eine entscheidende Rolle. Für Preisfindungen wird nach wie vor der 'geheimnisvoller Hand des Marktes' (nach Adam Smith) vertraut, obwohl offensichtlich ist, dass das Ziel der Finanzindustrie vorwiegend darin besteht, Vermögen zu vermehren. Begriffe wie Vermögen, Kapital, Investition, Risiko, Kosten, Nutzen, Geld und Preise haben nicht die gleiche Bedeutung für alle Marktteilnehmer. Der Export von billigen Agrarprodukten (Monokulturen, Massentierhaltung, staatliche Subventionen) aus hoch industrialisierten Staaten in unterentwickelt landwirtschaftlich orientierte Staaten, verhindert in diesen Staaten eigene ökonomische Entwicklungen. Übrigens lassen hoch industrialisierte Unternehmen bei der Preisfindung zukünftig fällige Kosten für Behebung von Umweltschäden außen vor (der Staat wird es richten). Im 21. Jahrhundert erfordern Analysen gesellschaftlicher Verhältnisse, dass die Themen 'Erhaltung lebenswichtiger Bedingungen in Natur und Gesellschaft', 'Menschenrechte' und 'demokratische Denk- und Verhaltensweisen' aller Beteiligten und Betroffenen adressiert werden.

Prinzip Menschenrechte

Rechtsempfinden, die mit den bis hierher genannten historisch entstandenen Rechtsauffassungen einhergehen, sind in den Köpfen vieler Personen heute oft unbewusst 'lebendig'. Historisch entstandenes Rechtsempfinden spielt bei der Einschätzung aktueller gesellschaftlicher Kontroversen eine mitentscheidende Rolle, die oft übersehen wird. Fukuyama war 1992 überzeugt, dass „der Weg für liberale Demokratien frei sei. Totalitäre Systeme seien zum Scheitern verurteilt, sie widersprechen dem Grundgedanken der liberalen Demokratie, der unter anderem menschliche Grundrechte respektiert.“

Nach den historischen Erfahrungen menschenverachtender industrieller Bedingungen, industriell betriebener Vernichtung menschlichen Lebens durch Hitlerdeutschland, und der vielen Toten im zweiten Weltkrieg, entschlossen sich führende Regierungsvertreter aller Staaten zur Gründung der internationalen Institution 'United Nations' (UN), und zur Erklärung allgemeiner Menschenrechte. Die Regierungsvertreter verabschiedeten weitreichende Erklärungen:

1. Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.
2. Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.
3. Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.
4. Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, dass sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.
5. Die UN-Erklärung der allgemeinen Menschenrechte behandelt umfassende Aspekte menschlicher Existenz: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - Verbot der Diskriminierung - Recht auf Leben und Freiheit - Verbot der Sklaverei und des Sklavenhandels - Verbot der Folter - Anerkennung als Rechtsperson - Gleichheit vor dem Gesetz - Anspruch auf Rechtsschutz - Schutz vor Verhaftung und Ausweisung - Anspruch auf faires Gerichtsverfahren - Unschuldsvermutung - Freiheitssphäre des Einzelnen – Freizügigkeit und Auswanderungsfreiheit - Asylrecht - Recht auf Staatsangehörigkeit - Eheschließung, Familie - Recht auf Eigentum - Gedanken-, Gewissens-, Religionsfreiheit - Meinungs- und Informationsfreiheit - Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit - Allgemeines und gleiches Wahlrecht - Recht auf soziale Sicherheit - Recht auf Arbeit, gleichen Lohn - Recht auf Erholung und Freizeit - Recht auf Wohlfahrt - Recht auf Bildung - Freiheit des Kulturlebens - Soziale und internationale Ordnung.

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag ist das Hauptorgan der Rechtsprechung in den Vereinten Nationen. Jedoch können nur Staaten Parteien vor dem Internationalen Gerichtshof sein, keine internationalen Organisationen und andere Völkerrechtssubjekte. Das Gericht ist nur dann für die Entscheidung eines Falles zuständig, wenn alle beteiligten Parteien die Zuständigkeit anerkannt haben. Wo kein Kläger existiert, wird sich kein Richter finden, der Verstöße gegen Menschenrechte ahnden wird. Unabhängig von der UN wurden internationaler Schiedsgerichte etabliert, die sich um die Rechte von

Unternehmen kümmern. Spezialisierte Anwälte übernehmen die Rollen der Kläger und Richter in Verfahren, in denen Ansprüche von Unternehmen gegen Staatswesen eingefordert werden.

Mehr als 70 Jahre später stellen wir fest, dass die Erklärung allgemeiner Menschenrechte wenig bewirken konnte. Lediglich einige Verbrechen gegen ethnische Gruppen wie in Jugoslawien und Ruanda führten zu Verurteilungen. Am Beginn des 21. Jahrhunderts zerstören nach wie vor Krieg, Terror, ethnische Vertreibungen und Sklaverei menschliches Leben und menschliche Lebensperspektiven. Am Beginn des 21. Jahrhunderts stellen wir auch fest, dass fortlaufende Missachtung menschlicher Grundrechte und zu weitgehende unternehmerische Freiheitsgrade dazu führen, politischen und ökonomischen Eliten das Vertrauen zu entziehen. Weltweit zu beobachtende gesellschaftliche Instabilitäten bewirken, dass demokratisch orientierte Staatswesen zunehmend schwieriger zu gestalten sind.

Prinzip Demokratie

In jeder Gesellschaft kann man davon ausgehen, dass deren Bevölkerungen ihre persönliche Situation danach einschätzen, in wieweit es ihren traditionell entstandenen Rechtsempfinden entspricht. Außerdem kann man davon ausgehen, dass Individuen sich wohlfühlen, wenn sie geachtet werden und ihr Leben frei gestalten können.

Derzeit bietet nur das Prinzip Demokratie Perspektiven, weltweit menschenwürdiges Leben zu gestalten. Das Prinzip Demokratie geht letztlich von der Annahme aus, dass die Bevölkerung aufgrund unterschiedlichster Motive ein Staatswesen gestaltet. Dazu ist es notwendig, dass Individuen mit unterschiedlichsten traditionell entstandenen Rechtsprinzipien, mit persönlichen Rechtsempfindungen und mit dem Wunsch freiheitlicher Lebensgestaltung auf demokratische Weise zusammenarbeiten.

Derzeitige Ansätze, Verhaltensweisen zu analysieren und daraus abzuleiten, ob und wie Bevölkerungen zu demokratischen Verhaltensweisen motiviert werden können, haben sich nicht bewährt:

- Politikwissenschaftler können wenig bewirken, indem sie statistische Resultate von Bevölkerungsumfragen interpretieren, um demokratisches Verhalten zu prognostizieren.
- Politische Parteien können wenig bewirken, wenn sie vermittels eines Schemas 'links – Mitte – rechts' Verhaltensweisen der Bevölkerung einzuschätzen versuchen und zu glauben, ihren Programmen zum Durchbruch zu verhelfen.
- Die Mehrheit der Wähler glaubt, dass es für demokratische Verhältnisse hinreicht, dass sie zu Wahlen aufgerufen werden und frei ihr Stimmrecht ausüben können.

Richtungsweisende Ansätze für 'freiheitliche Lebensgestaltung auf demokratische Weise' zu erreichen, könnten darauf beruhen, dass Bemühungen um partnerschaftliche Zusammenarbeit auf vielen Ebenen einer Gesellschaft gefördert wird. Dabei geht es um kooperatives Verhalten, respektvolles Verhalten und verantwortungsvolles autonomes Verhalten aller Mitglieder einer demokratisch orientierten Gesellschaft, und darüber hinaus auch um partnerschaftliche Vereinbarungen zwischen Staaten.

Die derzeitigen Klimakonferenzen sind Beispiele demokratisch organisierter Zusammenarbeit. Internationale Zusammenarbeit ist dabei so organisiert, dass alle Ebenen politischer, ökonomischer und wissenschaftlicher Experten öffentlich

zusammentreffen, ein gesellschaftlich relevantes Thema gemeinsam bearbeiten, Ergebnisse publizieren und fortlaufende Zusammenarbeit vereinbaren. Diese Art internationale Konferenzen legen auch offen, in welchen Fällen internationale Zusammenarbeit von welcher Partei blockiert wird.

Auf nationaler Ebene könnten ähnliche Konferenzen durchgeführt werden. Experten unterschiedlicher Institutionen würden sich treffen, um viele Aspekte eines vorgegebenen Themas gemeinsam so zu bearbeiten, dass darauf basierend demokratisch orientierte Aktionen geplant werden können. Ein sehr aktuelles Thema könnte auf diese Weise sofort angegangen werden: Experten der Agrarindustrie, der autonom arbeitenden landwirtschaftlichen Ökobetriebe, der Umweltbiologen, der Agrartechnik und der an Agrarland interessierten Investoren bearbeiten und präsentieren eine gemeinsame Vereinbarung für nachhaltigen Ackerbau, vertretbare Tierhaltung und gerechte Preise für landwirtschaftliche Produkte. Vertreter von Institutionen, die gemeinsame Vereinbarungen blockiert, werden 'an den Pranger gestellt.

Dem Vorwurf, gegen demokratische Prinzipien zu verstoßen, sind bereits viele Vertreter existierender Institutionen ausgesetzt:

- Unternehmen, die ihre Kunden täuschen (z.B. vermittels Diesel-PKW's)
- Unternehmen, die ihre Partner in die Insolvenz treiben (z.B. ein dominierendes Online-Handelsunternehmen)
- Unternehmen, die vermittels Mietpreisen angestammte Vermieter vertreiben
- Lobbyisten, die Vereinbarungen mit politischen Entscheidungsträger treffen
- Politische Parteien, die ideologische Ziele verfolgen
- Religiöse Institutionen, die ausschließlich eigene Denk- und Verhaltensweisen gelten lassen.

Das Prinzip Demokratie erfordert, Staatswesen, Unternehmen und Institutionen als kommunikative Systeme zu betrachten, deren Funktionen auf Wechselwirkungen zwischen strategisch denkenden Eliten und individuell denkenden Bürgern beruhen. In funktionierenden demokratischen Staatswesen und Unternehmen gehören egozentrische Operationen verurteilt. Wenn nötig vermittels der Justiz.

Vielleicht hatte Fukuyama gehofft, dass sich die Aussage „der Weg sei frei für liberale Demokratien“ als 'self-fulfilling prophecy' erweist. Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist offensichtlich, dass ein Staatswesen nur dann wahrhaft demokratisch genannt werden darf, wenn sich dessen Eliten zu kooperativen Handeln mit allen Mitbürgern verpflichten, und alle Mitbürger gemeinsam vereinbarte Regeln respektieren und wissen, dass der Weg zu demokratischen Verhältnissen immer wieder aufs Neue gesucht werden muss. Es kommt darauf an, dass sich mehrheitlich demokratisch orientierte Personen fortlaufend bewusst entscheiden, welchen gesellschaftlichen Entscheidungsträgern und Institutionen sie zukünftig ihre Unterstützung und Stimme geben wollen.

Wer diese Entscheidung frei nach 'bestem Wissen und Gewissen' treffen möchte, befindet sich praktisch wieder in der Position des ursprünglich auf sich gestellten, autonom handelnden Homo sapiens. Homo Sapiens war und ist autonom auf sich gestellt, nur mit dem Unterschied, dass er heute auf Kooperation mit seinen Mitmenschen angewiesen ist. Er ist heute auch gezwungen, für die von ihm bisher gestalteten natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen Verantwortung zu übernehmen und zu respektieren. Er ist auch aufgerufen zu entscheiden, welchen demokratischen Kräften er traut und zutraut, Fehlentwicklungen in Natur und Gesellschaft umfassend einzuschätzen und wo nötig auf

demokratische Weise zu korrigieren. Eine relativ einfache Methode kann hilfreich sein, vertrauenswürdige Demokraten zu erkennen, die bereit sind, gesellschaftliche Verhältnisse auf demokratische Weise zu gestalten.

Man fragt Individuen, ob sie bereit und fähig sind zu kooperieren, ob sie bereit und kompetent sind, die Vorstellungen Anderer zu respektieren, ob sie verantwortungsvolle autonome Denk- und Verhaltensweisen befürworten, anstatt lediglich Freiheitsgrade für alle:

1. Wer nicht kooperiert, obwohl er dazu in der Lage wäre, ist kein vertrauenswürdiger Demokrat. Zum Beispiel Personen oder Institutionen, die gesellschaftliche Monopolstellungen besitzen oder anstreben, die gesellschaftlichen Terror ausüben oder für zweckmäßig halten, die individuelle und gesellschaftliche Manipulationen für legitim erachten, die gesellschaftlich überlebenswichtige Systeme (Nahrung, Trinkwasser, Gesundheit, Sozialfürsorge) ausbeuten oder ungerechtfertigt in Anspruch nehmen. Mit anderen Worten, Personen oder Institutionen, die nach der Devise handeln: „*the winner takes it all*“.
2. Wer selbstbestimmtes, gesellschaftlich dienendes Verhalten nicht respektiert oder behindert, ist kein vertrauenswürdiger Demokrat. Zum Beispiel Personen oder Institutionen, die die Grenzen des Wachstums ignorieren, die die Umwelt zerstören, die gesellschaftliche Zusammenhänge nicht beachten oder missachten, die glauben, im Besitz seligmachender Wahrheit und Erkenntnis zu sein, die sich weigern, sich in die Lage Anderer zu versetzen, und leichtfertig Andere diskriminieren, die Anderen lebenswichtige Hilfe verweigern. Mit anderen Worten, Personen oder Institutionen, die nach der Devise handeln: „Was kümmert mich das Morgen, nach mir die Sintflut“.
3. Wer allein Freiheit anstrebt, ohne Respekt und Kooperation mit Partnern zu suchen, ist kein Demokrat. Er wird Freiheitsgrade für das Erreichen egozentrischer Ziele missbrauchen. Zum Beispiel: Präsident Donald Trump - Er hält sich für den Stärksten, der annimmt, dass demokratische Prinzipien das Erreichen von Wohlstand behindern. Präsident Wladimir Putin - Er dirigiert ein autokratisches Regime, das vom Klerus geistig und von Oligarchen ökonomisch gestützt wird. Putin gilt bei der ländlichen Mehrheit der Bevölkerung als Hero, der die Vorstellung eines stolzen, vergangenen Imperium repräsentiert. Präsident Recep Tayyip Erdoğan - Er ist ein autokratischer Herrscher, der sich auf die Mehrheit der Muslime stützt, die sich von seiner Herrschaft Wohlstand und internationales Ansehen versprechen. Präsident Xi Jinping - Er wurde von Eliten der Kommunistischen Partei Chinas Einheitspartei auserwählt, die Bevölkerung im Sinne der Kommunistischen Partei Chinas zu kontrollieren, und die Technologie und Wirtschaftskraft Chinas zu entwickeln und weltweit durchzusetzen.

Die Mehrzahl der Vorstände großer Konzerne sind keine vertrauenswürdigen Demokraten. Ideologen sind keine Demokraten. Fälschlicherweise werden radikale Chaoten oft als 'Autonome' bezeichnet. Personen, die sich für politische und ökonomische Zusammenhänge nicht interessieren, solange es ihnen gut geht, sind keine vertrauenswürdigen Demokraten.

Die Entscheidung, einer Person zu vertrauen und zuzutrauen, demokratische Verhältnisse zu gestalten, könnte nach folgendem Kriterien erfolgen: Ein starker demokratischer Kandidat ist eine Persönlichkeit, die zu selbstbewussten autonomen, respektierten und

kooperativen Denken und Handeln fähig ist, und der Bevölkerung demokratische Orientierung vermitteln kann. Wer dabei zu erkennen gibt, dass er 'autonome, verantwortungsvolle Gestaltungsfreiheit' höher einschätzt als nur 'Freiheit' zum Handeln, wird eher Freiheitsgrade aufgrund einer Position nicht zu eigenem Vorteil missbrauchen (eine Illusion?). Ein schwacher demokratischer Kandidat ist anfällig für selbstgefällige, defensive (opportunistische?) Denk- und Verhaltensweisen.

Für Fukuyama bedeutete "Das Ende der Geschichte" nicht, dass „keine großen Ereignisse in der Zukunft mehr stattfinden. Fukuyama war der Ansicht, dass es keinen weiteren Fortschritt in der Entwicklung grundlegender Prinzipien und Institutionen mehr geben würde, da alle wirklich großen Fragen endgültig geklärt wären.“ Er hat sich geirrt. Es stehen nach wie vor wirklich große Fragen der menschlichen Gesellschaften ungeklärt im Raum. Das betrifft politische und ökonomische Fehlentwicklungen, die auch dazu geführt haben, dass der Zustand unseres Planeten Sorge bereitet.

Selbst einige grundlegende Menschenrechte werden aufgrund technologisch möglicher Veränderungen der menschlichen Gesellschaft (Digitalisierung) zu überdenken sein: Missbrauch von Meinungsfreiheit, Missbrauch von Religionsfreiheit (um Unterwerfung und Terror zu rechtfertigen), Missbrauch von Informationsfreiheit (zur Manipulation von Meinungen mittels Verbreitung von Falschmeldungen), Missbrauch von Freizügigkeit (durch kriminelle Cyber-Attacken), Missbrauch von Versammlungsfreiheit (durch , anarchische "Gewaltaktionen), Einschränkung der Freiheitssphäre (durch Missbrauch persönliche Daten).

Kein Ende der Geschichte

Im 21. Jahrhundert stellen sich in allen Gesellschaften einige grundsätzliche Fragen:

1. Wie kann sichergestellt werden, dass unser Planet erhalten bleibt und Menschen in der Lage sind, eine wachsende Erdbevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern und Infrastrukturen zu versorgen?
2. Wie kann durch moderne Aufklärung erreicht werden, dass der Bevölkerung umfassende wissen-orientierte gesellschaftliche (politische, ökonomische, soziologische) Zusammenhänge vermittelt werden?
3. Wie können Personen, die vorrangig individuelle Interessen verfolgen, dazu gebracht werden, gesellschaftlichen Pflichten freiwillig nachzukommen („Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.“)
4. Wie kann die allgemeine Verfügbarkeit digitalisierter Anwendungen beliebig vernetzter Personen genutzt werden, um wahrhaft demokratische Prozesse zu etablieren, in Gang zu halten und zu unterstützen, so dass demokratische Prozesse veränderlichen gesellschaftlichen Verhältnissen angepasst werden können.
5. Wie kann die Unabhängigkeit der Justiz so gestaltet werden, damit sie politische und ökonomische Verstöße gegen Menschenrechte, begangen im Inland oder Ausland, ahnden kann.
6. Wie kann die Nichtbeachtung der Prinzipien, auch Anderen als sich selbst selbstverantwortliche Autonomie einzuräumen, berechnete Bedürfnisse zu

respektieren, und gemeinschaftlich nützliche Kooperation anzustreben als Verstoß gegen das Prinzip Demokratie geahndet werden.

7. Wie kann in Europa, einem fragilen Staatengebilde, die Erhaltung und Weiterentwicklung demokratischer Kooperation erreicht werden?

Ein Gedankengang, wie Recht gesprochen wurde und wird, wie empfunden wird, was rechtens ist und was nicht, und was wahrhafte Demokratie ausmacht, ist ein schwieriger Gedankengang. Auch deshalb, weil er kein Ende hat und für zukünftige, auf demokratische Weise entstehende Vereinbarungen offen bleiben muss. Ost- und Westdeutsche singen heute gelegentlich gemeinsam die Hymne vom „Blühen im Glanz des Glücks“, wohl wissend, dass ein Glücksempfinden von kurzer Dauer ist, dass es aber immer wieder neue Ereignisse gibt, die Glücksempfinden hervorrufen. Wenn Bergleute, ob im Osten oder Westen Deutschlands, ihr Lied vom „Glück auf“ sangen und gelegentlich singen, waren und sind sie sich bewusst, was Glück für sie bedeutet: Das Licht des nächsten Tages, ihre Familie und ihre Freunde wiederzusehen. Wir alle können ein Lied von den Schwierigkeiten singen, demokratische Verhältnisse zu gestalten.

Den Unterschied zwischen den Hoffnungen
Erkenntnis suchender Demokraten
und Glück suchender Menschen
zu bedenken, darf niemals
außer Acht gelassen
werden.